



Staatsmodernisierung in Deutschland: Bundesregierung und Länder einigen sich auf 200 Maßnahmen

Dirk Stein

Mit der „föderalen Modernisierungsagenda“ wollen Bund und Länder die Verwaltung schneller, digitaler und bürgernäher machen. Ein gemeinsames Reformpaket umfasst über 200 konkrete Maßnahmen – von Bürokratieabbau bis Anerkennungsverfahren für Fachkräfte.



„Wir machen damit die Anerkennungsverfahren insgesamt sehr viel einfacher und sehr viel schneller.“ – Bundeskanzler Friedrich Merz

Verwaltungsmodernisierung: 200 Maßnahmen für mehr Tempo und Effizienz

Deutschland startet einen der umfassendsten Modernisierungsprozesse seiner Verwaltung der letzten Jahrzehnte. Auf der Ministerpräsidentenkonferenz vom 4. Dezember 2025 haben sich Bund und Länder auf eine gemeinsame föderale Modernisierungsagenda geeinigt. Ziel: die Bürokratie spürbar abbauen, Verfahren beschleunigen und die Verwaltung digitalisieren.

Kernziele der Agenda:

- Weniger Bürokratie durch Abbau unnötiger Berichtspflichten

- Schnellere Genehmigungen durch Anzeigeverfahren und Genehmigungsfiktion
- Digitale Verwaltung durch einheitliche IT-Plattformen
- Entlastung der Wirtschaft durch vereinfachte Verfahren
- Einfachere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zur Gewinnung von Fachkräften

Beispielhafte Maßnahmen der Staatsmodernisierung

Die vereinbarten Reformen decken fünf Leitthemen ab: Bürokratieabbau, Formerleichterungen, Genehmigungsvereinfachung, Planungsbeschleunigung und Digitalisierung. Hier einige konkrete Punkte:

1. Unbefristete Personalausweise ab 70

Seniorinnen und Senioren sollen ihre Ausweise nicht mehr regelmäßig erneuern müssen. Der Ausweis soll ab 70 Jahren

unbegrenzt gültig bleiben – eine spürbare Erleichterung für Betroffene und Ämter.

2. E-Mail statt Brief – digitale Kommunikation wird Standard

Künftig soll im allgemeinen Verwaltungskontakt die einfache E-Mail die bisherige Schriftform ersetzen. Das spart Zeit und senkt Kosten – sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Behörden.

3. Genehmigungsfiktion bei Anträgen

Anträge gelten künftig als genehmigt, wenn sie nicht fristgerecht bearbeitet werden. Das Prinzip: Keine Antwort der Behörde heißt Zustimmung. Ein starker Hebel für mehr Planungssicherheit.

4. Vereinfachung im Baurecht

Für bestimmte Bauprojekte genügt künftig eine Anzeige statt eines vollumfänglichen Genehmigungsverfahrens. Ziel: Planungsbeschleunigung und mehr Investitionsdynamik.

5. Digitalisierung der Berufsankennung

Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, sollen ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden. Merz betonte in der Pressekonferenz:

„Wir schaffen die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für effiziente, unbürokratische und auch digitale Verfahren.“

Bürokratieabbau als Standortfaktor

Ein zentrales Anliegen der Modernisierungsagenda ist die Entlastung der Wirtschaft. Berichtspflichten, deren Nutzen nicht explizit begründet werden kann, sollen künftig entfallen. Die Einsparpotenziale beziffert die Politik auf bis zu 25 Prozent der Bürokratiekosten – mit spürbarem Effekt auf Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbereitschaft.

Ein föderaler Kraftakt mit breiter Unterstützung

Die Modernisierungsagenda wurde parteiübergreifend verabschiedet. Alle 16 Bundesländer stehen hinter dem Paket. Die Umsetzung soll kurzfristig beginnen – mit klaren Fristen und messbaren Zielen. In der Praxis wird sich zeigen, ob Tempo und Entlastung dauerhaft verankert werden können.

Bundeskanzler Friedrich Merz sieht in der Agenda einen „wirklich großen Wurf“ und unterstreicht den politischen Konsens:

„Die gefassten Beschlüsse sind sehr umfangreich, und ich denke, sie bringen unser Land wirklich voran.“

Was noch kommt

Nicht alle Punkte sind bereits entschieden. 58 Maßnahmen, insbesondere im Bereich des Baurechts, sind noch in Abstimmung. Ebenso stehen Reformen der Leistungsgesetze und finanzielle Entlastungen der Kommunen auf der Agenda für das erste Quartal 2026.

Die Modernisierungsagenda ist ein erster strukturierter Versuch, Verwaltung und Politik neu zu justieren.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947302/staatsmodernisierung-buerokratieabbau-digitalisierung-2025/>